

Leiharbeit: Gesetzgeber Beine machen!

LEIHARBEIT BREMSSEN

Leiharbeit bedroht Stammbeschäftigte. Der grenzenlosen Ausbreitung der Leiharbeit muss Einhalt geboten werden. Betriebsräte der IG Metall Region Ulm fordern deshalb gesetzliche Regulierung der Leiharbeit.

Die Metall- und Elektronikindustrie in der Region Ulm, Alb-Donau und Biberach war schon vor der Krise geprägt durch einen überdurchschnittlich hohen Leiharbeiteranteil (9 Prozent!). Im Verlauf der Krise wurde das extreme Beschäftigungsrisiko der Leiharbeiter offensichtlich: Von den zirka 3600 Leiharbeitern verloren mehr als 2000 Menschen ihre Beschäftigung.

Die Ulmer metallzeitung-Redaktion hat Betriebsräte aus der Region befragt. Sie schließen aus den Personalplanungen der Geschäftsführungen, dass die Leiharbeit bald das Vorkrisenniveau übersteigen könnte. Ihr Fazit: Jetzt muss der Gesetzgeber umsteuern!

Ernst Rieber ist Betriebsratsvorsitzender bei dem Automobilzulieferer **Schwäbische Hüttenwerke (SHW)** in Bad Schussenried. Dort haben rund 330 Be-

schäftigte einen Arbeitsvertrag mit SHW. Auf Druck des Betriebsrats wurden kürzlich 12 Kollegen/innen aus der Leiharbeit in die Stammebelegschaft übernommen. Aber zum Leidwesen des Betriebsrats sind mehr als 60 Leiharbeiter im Einsatz.

»Das ist fast das Niveau wie vor der Krise. Die Leiharbeit ist eine Riesensauerei. Wir wollen anständige Beschäftigungsverhältnisse. Das Unternehmen nutzt die fehlenden gesetzlichen



Regulierungen gnadenlos aus. Diese ungerechten Gesetze müssen korrigiert werden.«

Beim Biberacher Familienkonzern **Handtmann** konnte der Konzernbetriebsrat eine Betriebsvereinbarung aushandeln, in der einige Verbesserungen gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen erreicht wurden. **Oliver Thiem** ist Konzernbetriebsratsvorsitzender:

»Im Unternehmen Handtmann haben wir uns auf einige Verbesserungen für Leiharbeiter geeinigt. Neben einer Begrenzung der Leiharbeit gibt es jetzt eine Aufzahlungsregelung, die im Zeitverlauf wirksam wird. Außerdem regelt ein klar definiertes Verfahren, unter welchen Bedingungen aus Leiharbeitern Stammbeschäftigte werden.«



Aber das reicht nach Ansicht von Oliver Thiem bei weitem nicht

aus. Er sieht den Gesetzgeber in der Pflicht: »Wir brauchen eine gesetzliche Equal-Pay-Regelung.«

Beim Liebherr Werk Ehingen konnte der Betriebsrat in der Zeit der Krise erreichen, dass die Leiharbeiter im Betrieb beschäftigt blieben.

»Mit den eingeschränkten Mitbestimmungsmöglichkeiten für Leiharbeiter war es sehr schwierig eine wirksame Beschäftigungssicherung zu betreiben«, so **Rolf Ebe**, Betriebsratsvorsitzender



in Ehingen und Konzernbetriebsratsvorsitzender für **Liebherr International Deutschland**.

»Die Betriebsräte im Liebherrkonzern wollen Leiharbeit zurückdrängen. Leiharbeit soll nur noch für unvorhersehbare Spitzen zugelassen werden.«

Jürgen Obersteg ist freigestellter Betriebsrat bei **Liebherr Hydraulikbagger** in Kirchdorf. Er betreut fachlich das Thema Leiharbeit im Liebherrkonzern. In Kirchdorf hat die Geschäftsleitung fast 50 Beschäftigte erneut befristet. Die meisten Kollegen hatten bereits ihre fünfte Befristung hinter sich, darunter auch ehemalige Azubis und



ehemalige Leiharbeiter. Fast zeitgleich wurden von der Geschäftsleitung 50 Leiharbeiter angefordert. »Wir haben in der Zeit der Krise vernünftige Lö-

sungen zur Beschäftigungssicherung mitgetragen. Aber dieses Vorgehen ist ein Angriff gegen Betriebsrat und Belegschaft. Es ist ein Skandal, wenn dreifache Familienväter das Leben für sich und ihre Familie nicht planen können.«

Der Betriebsratsvorsitzende von **Iveco** im Ulmer Donautal **Bernhard Maurer** kritisiert sowohl die



aktuelle Gesetzgebung als auch die betriebliche Praxis der Leiharbeit:

»Die Nutzung von Leiharbeit und die aktuelle Gesetzgebung sind rückwärtsgerichtet und entsprechen nicht mehr dem ursprünglichen Sinn der Leiharbeit. Statt saisonaler oder außerordentlicher Spitzen ist man dazu übergegangen, Leiharbeit immer mehr als billigen Ersatz für Stammebelegschaften zu verwenden. Das schadet nicht nur nachhaltig unserem Sozialstaat, dem dadurch wichtige Beiträge vorenthalten werden, sondern auch der Gesellschaft. Statt Planungssicherheit und Zukunftsperspektive für die junge Nachwuchsgeneration entsteht ein frustrierender und letztendlich leistungsfeindlicher Teufelskreislauf für Beschäftigte, die als Leiharbeiter oder als befristet Beschäftigte zu dauerhaften Bittstellern werden. Umso wichtiger ist es als IG Metall jetzt dran zu bleiben: Wir müssen der Regierung Beine machen. Diese Verhältnisse schaden uns allen, weil damit langfristig unsere einzige Ressource, die wir in Deutschland haben – gut ausgebildete und leistungsmotivierte Arbeitnehmer –, zerstört wird.« ■

TERMINE

- **2. bis 4. Februar**
Klausur VK-Ausschuss
- **7. Februar, 13.15 Uhr**
Arbeitskreis Entgelt
- **9. Februar**
Sitzung Ortsvorstand
- **9. Februar, 16 Uhr**
Delegiertenversammlung
- **15. Februar, 9 Uhr**
Arbeitskreis Senioren
- **21. bis 25. Februar**
Klausur Ortsvorstand

Impressum

IG Metall Ulm
Weinhof 23
89073 Ulm
Telefon 07 31-9 66 06-0
Fax 07 31-9 66 06-20
E-Mail: ulm@igmetall.de

Internet:
 www.ulm.igm.de
 Redaktion: Christoph Dreher
 Verantwortung: Reinhold Riebl